**Gewerkschaft**  
**Erziehung und Wissenschaft**

**Mecklenburg-Vorpommern**

Streikmappe 2019

Inhalt:

* Rechtliche Hinweise zu Streiks und Arbeitskämpfen
* Beamt\*innen und Streik
* Tipps für die Gesprächsführung
* Organisatorische Hinweise
* Mustervorlagen (Elternbriefe, Formulare,…)

**// TARIFRUNDE 2019 //**

****

www.gew-mv.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

6 Prozent mehr Gehalt und bessere Eingruppierung durch Paralleltabelle! 4

Informationen für Vertrauensleute der zu bestreikenden Schulen 8

Häufig gestellte Fragen in Vorbereitung von Streikmaßnahmen 12

Tarifpolitische & gewerkschaftliche Abkürzungen 15

Muster GEW-Elternbrief 16

Muster Elternbrief Schulleitung 17

Eintrittserklärung 18

Rückmeldebogen 19

Vorwort



Maik Walm und Annett Lindner

GEW-Landesvorsitzende

// Die Tarifrunde im Länderbereich ist für die GEW immer eine wichtige Auseinandersetzung. Es geht darum, beim Entgelt für Lehrkräfte, PmsA und Hochschulbeschäftigte Schritt zu halten und ein deutliches Signal an das Land zu senden! //

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir fordern eine Entgelterhöhung um 6 %, die Einführung der Paralleltabelle und die Eingrenzung des unsäglichen Befristungswesens im öffentlichen Dienst. Mit diesen Forderungen stehen wir nicht alleine, sondern in der geschlossenen Reihe der DGB-Gewerkschaften, also mit ver.di, der GdP und auch mit dem Beamtenbund.

Nur mit gemeinsamen und starken Aktionen können wir gute Ergebnisse erzielen!

Wir haben in unserem Landesverband eine starke Streikgeschichte. Wenn wir auf die letzten Tarifrunden blicken, haben wir immer bewiesen, dass die angestellten Lehrkräfte, Erzieher\*innen und Wissenschaftler\*innen mutig, laut und zahlreich auf die Straße gegangen sind. Sie haben ihre Schulen und Seminarräume abgeschlossen und für ihre/unser aller Forderungen gestreikt. Und auch die verbeamteten Kolleg\*innen haben mit eigenen Aktionen ihre Solidarität ausgedrückt. Da die Arbeitgeber uns in dieser Tarifrunde nichts schenken werden, werden wir an diese Erfahrungen anknüpfen. Wichtig ist unser Einsatz diesmal auch deshalb, weil wir dem Land klar machen müssen, dass wir bereit und in der Lage sind, „schmerzhaften“ Druck zu erzeugen. Als Gewerkschaft wollen wir eine grundlegende Verbesserung für die Schulen und Kolleg\*innen im Land verhandeln und erzwingen. Dafür brauchen wir ein überzeugendes Zeichen!

Zur Vorbereitung der Aktionen führen wir in allen Regionalverbänden Schulungen für die Vertrauensleute durch. Die Vertrauensleute sind das Gesicht der GEW in ihrer Einrichtung. Sie haben eine wichtige Aufgabe für die Kommunikation und Organisation eines Streiks. Zur Unterstützung dieser Arbeit haben wir diese Streikmappe erstellt. Sie bietet alle wichtigen Informationen.

Die Tarifrunde ist auch eine Besoldungsrunde, denn das Ergebnis der Verhandlungen wird in Mecklenburg-Vorpommern inhalts- und wirkungsgleich auf die Beamten übertragen werden. Wie die Beamtinnen und Beamten diese Tarifauseinandersetzung unterstützen können zeigen wir Euch ab Seite 12.

Lasst uns gemeinsam gute und erfolgreiche Aktionen durchführen und diese gemeinsam vorbereiten. Für Euer Engagement jetzt schon ein herzliches Dankeschön!

Annett Lindner Maik Walm

6 Prozent mehr Gehalt und bessere Eingruppierung durch Paralleltabelle!

// In der Tarifrunde 2019 wollen die Mitglieder der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes der Länder eine Entgelterhöhung, die den Anschluss die Gehälter im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sowie der Privatwirtschaft hält, durchsetzen. Für die Beschäftigten an Schulen und Hochschulen strebt die GEW zudem eine bessere tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrkräfte durch die Einführung der Paralleltabelle an. //

Nachdem über viele Jahre beim Personal gespart wurde – durch Stellenabbau und zurückhaltende Lohnabschlüsse – gibt es nun eine positive wirtschaftliche Entwicklung, die auch in den Landeshaushalten spürbar ist. Gerade der öffentliche Dienst leistet einen entscheidenden Beitrag zu diesem Aufschwung – und muss daher auch entsprechend beteiligt werden. Eine gute Bezahlung ist zudem mit Blick auf den gravierenden Fachkräftemangel wichtig: Nur wenn der öffentliche Dienst attraktiver wird, werden sich qualifizierte und motivierte junge Kolleginnen und Kollegen für Berufe in der Bildung entscheiden.

Die Konjunkturaussichten in Deutschland sind nach wie vor positiv. In seiner Konjunkturprognose vom Oktober geht das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) für das Jahr 2019 von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 2 Prozent aus. Bei der Arbeitslosenquote wird ein leichter Rückgang von 5,2 auf 4,9 Prozent erwartet. Für die Inflationsrate prognostiziert das IMK für 2019 einen Wert von 1,9 Prozent und einen deutlichen Überschuss in den öffentlichen Haushalten.

Die Bundesregierung sieht die Lage ähnlich und unterstellt für die kommenden Jahre einen stabilen Konjunkturverlauf. Im Durchschnitt werden die Steuereinnahmen, [so die Ergebnisse der November-Steuerschätzung,](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2018/10/2018-10-25-pk-steuerschaetzung.html) bis 2023 im Jahresdurchschnitt um gut 4 Prozent steigen. Das gilt für die gesamten Steuereinnahmen, aber auch für den Teil, der auf die Bundesländer entfällt.

Für die gute wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre ist insbesondere die starke Konsumnachfrage der privaten Haushalte verantwortlich – durch einen Anstieg der Beschäftigung und eine positive Lohnentwicklung. Um die Konjunktur weiterhin zu stabilisieren, sollte auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene zumindest der sogenannte verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft werden. So bezeichnet man die Lohnsteigerung, bei deren Höhe die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital genau gleich bleibt. Der verteilungsneutrale Spielraum in Höhe von rund 3 Prozent beruht auf der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank von etwa 2 Prozent und dem durchschnittlichen jährlichen Anstieg der Produktivität von knapp 1 Prozent.

In der Entwicklung seit dem Jahr 2000 ergibt sich für den öffentlichen Dienst im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ein Minus von 3,5 Prozent.

Mit Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen ist auch zu beachten, dass die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst der Länder seit der Jahrtausendwende hinter der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben ist. Schon jetzt ist es für die Bundesländer in vielen Bereichen schwierig, Fachkräfte zu gewinnen – dies gilt unter anderem insbesondere für die Schulen. In der Entwicklung seit dem Jahr 2000 ergibt sich für den öffentlichen Dienst im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ein Minus von 3,5 Prozent. Allein schon deshalb ist eine Tarifforderung über dem verteilungsneutralen Spielraum notwendig.

Darüber hinaus legt der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss von zuletzt 8 bis 9 Prozent der Wirtschaftsleistung eine Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland nahe. Zum einen exportiert ein Land mit einem Überschuss im Außenhandel faktisch Arbeitslosigkeit in andere Länder. Zum anderen lebt das Überschuss-Land massiv unter den eigenen Verhältnissen, wenn Jahr für Jahr mehr produziert als selbst verbraucht wird. Auch internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Europäische Kommission sehen den hohen deutschen Außenhandelsüberschuss äußerst kritisch – und empfehlen, die Binnennachfrage durch höhere Lohnsteigerungen zu stärken und die öffentlichen Investitionen auszuweiten.

Die öffentliche Hand sollte in der anstehenden Tarifrunde ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht werden und mit angemessen hohen Gehaltssteigerungen den Forderungen internationaler Organisationen nachkommen. Die gute staatliche Einnahmesituation und die prognostizierte Entwicklung der Steuereinnahmen ermöglichen den Bundesländern eine entsprechende Tarifpolitik.

6 Prozent mehr Gehalt

Die Hauptforderung der Tarifrunde ist eine Gehaltssteigerung um sechs Prozent mit einer sozialen Komponente: In allen Entgeltgruppen und -stufen sollen die Monatsentgelte um mindestens 200 Euro steigen. Wenn alles teurer wird, trifft das besonders die Beschäftigten in den niedrigeren Entgeltgruppen. Deshalb fordert die GEW, die Monatsgehälter für alle um mindestens 200 Euro zu erhöhen. Das ist auch gesellschaftlich sinnvoll, weil der öffentliche Dienst sonst noch mehr Probleme bekommt, Nachwuchs zu rekrutieren. Gerade im Bildungsbereich ist der Fachkräftemangel inzwischen offensichtlich und wirkt sich zunehmend auch auf die Qualität der Arbeit aus.

Angleichung des Sozial- und Erziehungsdienstes der Länder an die Entgelte bei den Kommunen

Wer wie viel verdient, hängt auch von der Eingruppierung ab. Deshalb muss es auch darum  gehen, die Eingruppierung vieler Beschäftigtengruppen entsprechend neuer Anforderungen an ihre Tätigkeiten anzupassen und aufzuwerten. Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder wollen mit den Kolleginnen und Kollegen bei den Kommunen gleichziehen, die bereits 2015 Verbesserungen erreichten.

Eingruppierung der Lehrkräfte verbessern

Die GEW fordert zudem eine Verbesserung der Lehrkräfte-Entgeltordnung: Die zügige Einführung der Paralleltabelle, die den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 die numerisch gleichen Entgeltgruppen EG 9 bis EG 12 zuordnet, steht dabei im Vordergrund.

Folgende Übersicht macht das Prinzip deutlich:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Geltendes Zuordnungssystem TdL | |  | Zuordnungssystem Gewerkschaftsforderung | |
| **Besoldungsgruppe** | **Entgeltgruppe TV-L** |  | **Besoldungsgruppe** | **Entgeltgruppe TV-L** |
| A 9 | EG 9 |  | A 9 | EG 9 |
| A 10 | EG 9 |  | A 10 | EG 10 |
| A 11 | EG 10 |  | A 11 | EG 11 |
| A 12, A 12a | EG 11 |  | A 12, A 12a | EG 12 |
| A 13 | EG 13 |  | A 13 | EG 13 |
| A 14 | EG 14 |  | A 14 | EG 14 |
| A 15 | EG 15 |  | A 15 | EG 15 |
|  | |  |  |  |

Die Verschiebung bei der derzeitigen, von den Arbeitgebern einseitig bestimmten Zuordnungstabelle (links) soll durch eine Paralleltabelle (rechts) ersetzt werden. Dies hätte den Effekt, dass insbesondere die Grundschullehrkräfte aus der EG 11 in die EG 12 ‚rutschen‘ würden, da die Einordung ausgehend von der A12-Besoldung der verbeamteten Kolleg\*innen umzusetzen wäre. Die Tabellenwerte der EG 12 sind näher an denen der EG 13 als an der EG 11.

Was macht die GEW bei der Eingruppierung von Grundschullehrkräften außerhalb des Tarifvertrags?

Die GEW hat eine Kampagne gestartet, die eine bessere Bezahlung von Grundschullehrkräften einfordert. Dies soll außerhalb von Tarifverhandlungen durch eine Änderung des jeweiligen Besoldungsrechts erfolgen. Daher ist der Slogan der Kampagne auch ‚A 13 für alle‘!

Eine Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, nämlich die Zuordnung der Grundschullehrkräfte in die A 13, hätte zur Folge, dass auch die angestellten Grundschullehrkräfte dann in die E 13 eingruppiert würden.

Wir haben die richtigen Forderungen. Jetzt müssen wir Druck machen!

Die GEW verlangt:

| 1. **sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 200 Euro** 2. **eine Angleichung der Einkommen der im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder Beschäftigten an den Verdienst der SuE-Kolleginnen und Kollegen bei den Kommunen** 3. **eine bessere tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrkräfte durch die Einführung der sogenannten Paralleltabelle** 4. **die wirksame Eindämmung von Befristungen im öffentlichen Dienst** |
| --- |

Nun liegt es an den Beschäftigten, entsprechend Druck aufzubauen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: nur wer sichtbar auf der Straße steht, sich an Aktionen beteiligt und in den Arbeitskampf tritt profitiert auch von den Ergebnissen der Verhandlungen.

Wir müssen gemeinsam, Angestellte und Beamt\*innen, Grundschullehrer\*innen, Sek 1- und Sek 2-Lehrkräfte, Kolleginnen und Kollegen aus Förderschulen und Beruflichen Schulen, PmsA und die Beschäftigten an den Hochschulen unsere Forderungen vertreten. Nur gemeinsam, alle Gruppen solidarisch miteinander, können wir etwas bewegen und zugleich ein sichtbares Zeichen für unsere politische Kraft im Land setzen.

Zeitschiene für die Verhandlungen

21. Januar 2019: Verhandlungsauftakt (Verhandlungsspitzen)

6./7. Februar 2019: 2. Verhandlungsrunde (Verhandlungskommission)

28. Februar/ 1. März 2019: 3. Verhandlungsrunde (Verhandlungskommission und BTK-L)

**mögliche Aktionstermine**

Aktionen sind zwischen der 2. und 3. Verhandlungsrunde möglich und zu planen (also die zwei Wochen nach den Winterferien!)



Mehr Infos unter:

www.gew-mv.de

www.gew-tarifrunde.de

Informationen für Vertrauensleute der zu bestreikenden Schulen

1. Welche Regelungen oder Rechtssätze gibt es zu Elternbriefen im Zusammenhang mit Streikaktionen?

Zu dieser Frage gibt es weder normative Regelungen noch sind gerichtliche Entscheidungen bekannt. Deshalb können nur Positionen dargelegt werden. Briefe an Eltern, die eine Information über den Streikentschluss der Lehrer\*innen/Erzieher\*innen und der daraus folgenden Beeinträchtigung des Unterrichtsbetriebes/der Betreuung darstellen, sind, wo in der Vergangenheit Lehrerstreiks bzw. Erzieherstreiks durchgeführt wurden, bisher stets zugeleitet worden.

Dagegen erhobene Einwände beinhalten im Wesentlichen folgende Argumente:

– Die Kinder würden als Überbringer gewerkschaftlicher Forderungen „missbraucht“.

– Es würde streikunwilligen Beschäftigten der Streik „aufgezwungen“, indem die Kinder einfach abbestellt werden.

– Es werde in hoheitliche Befugnisse eingegriffen, wenn erklärt würde, der Unterricht/die Betreuung beginne zwei Stunden später.

Mit diesen Argumenten werden zumindest teilweise Ursache und Wirkung verwechselt. Wir halten Elternbriefe für zulässig (bisher hat noch kein Arbeitgeber durch einstweilige Verfügung die Austeilung von Briefen gerichtlich untersagen lassen), wenn sie über die Durchführung des Streiks informieren, das auch in der Öffentlichkeit bekannte Streikziel benennen, den Zeitraum der Durchführung des Streiks und die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Unterrichtbetrieb/Betreuung darstellen und – sofern vereinbart - auf die Besetzung eines Notdienstes hinweisen.

Überdies ist aus den Erfahrungen unseres Warnstreiks festzustellen, dass die Information der Eltern sowohl von der Presse als auch von Elternvertretungen positiv aufgenommen wurde.

Einwände gegen die Verwendung des Kopfbogens des GEW-Vorstandes sind nicht stichhaltig. Verfassungsrechtlich sind Gewerkschaften Träger eines Streiks. Die Gewerkschaften rufen zum Streik auf und organisieren diesen. Die Benennung der Gewerkschaft im Elternbrief vermittelt deshalb auch die Rechtmäßigkeit des Streiks.

2. Welche Aussagen sind über die Einrichtung von Notdiensten zu treffen?

Als Notdienstarbeiten sind Arbeiten anzusehen, die der lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung dienen, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, der Erhaltung von Betriebsanlagen oder von Gütern notwendig sind, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit geboten sind. Diese Aussage ist nicht auf Schulen oder Kindertageseinrichtungen anzuwenden. Der Unterricht ist keine lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung, auch die Aufsicht von Kindern z.B. unterhalb einer bestimmten Altersgrenze liegt nicht im notwendigen Interesse der Öffentlichkeit. Bei den Streiks in Kindertageseinrichtungen im Jahre 2009 wollten die kommunalen Arbeitgeber die Gewerkschaften zur Einrichtung von Notdiensten gerichtlich zwingen. Die Arbeitsgerichte haben dieses Ansinnen abgewiesen, da sie die Betreuung von Kindern nicht als lebensnotwendige Versorgung und den Streik für gerechtfertigt einschätzten. Dies trifft auf den Schulbereich ebenso zu.

Dennoch wurde in den vergangenen Tarifrunden eine Vereinbarung zum Notdienst in Grund- und Förderschulen zwischen der GEW und dem Bildungsministerium abgeschlossen. Über diese Frage muss für diese Tarifrunde neu entschieden werden. Durch den möglichen Einsatz von Beamt\*innen für eine grundständige Versorgung in diesen Schulen, die der Arbeitgeber hier nun anordnen kann, ist ein Notdienst durch Angestellte nicht weiter notwendig.

Die Einrichtung der Notdienste darf nicht alleinige Sache der Schulleitung sein. Selbst die TdL-Richtlinie orientiert auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Es wird als zweckmäßig angesehen, „Art und Umfang der Notdienstarbeiten und die Auswahl der hiermit zu beauftragenden Arbeitnehmer mit den Gewerkschaften bzw. der Streikleitung abzustimmen“. Der Standpunkt der Gewerkschaften ist jedoch, dass sie über den Einsatz der Notdienste entscheiden. Sie stellen gegebenenfalls auch die Notdienstausweise aus. Auch in Rechtsprechung und Literatur ist herrschende Meinung, dass der Umfang von Notarbeiten nicht einseitig vom Arbeitgeber bestimmt werden kann (Schaub: Arbeitsrechtshandbuch, § 194 V 3).

3. Welche Regelungen enthalten die Arbeitgeberrichtlinien?

Zu den wesentlichen Fragen gibt es keine Divergenz zu den von den Gewerkschaften vertretenen Positionen. Allerdings enthalten diese Richtlinien Regelungen für Arbeitgeber zur Information und Dokumentation, die von der Sache her nicht für die Arbeitskampfleitung in Betracht kommen. Das sind

– Unterrichtung des Arbeitsamtes, der Krankenkasse, der vorgesetzten Behörde,

– Information der Öffentlichkeit,

– Feststellung der streikenden Beschäftigten und der Ausfallzeiten,

– Dokumentation des Arbeitskampfes aus der Sicht der Arbeitgeber.

Darüber hinaus wird in den Richtlinien bei allem Appell zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeitskampfleitungen die Verantwortung der Arbeitgeber für die Bestimmung der Notdienste (Art, Umfang und Einsatz) und für die Ausstellung der Notdienstausweise betont. Dies ist jedoch nach den obigen Ausführungen nicht korrekt.

4. Welche Schritte darf der Arbeitgeber zur Erfassung der Streikteilnehmer einleiten?

Weder die Gewerkschaft noch die eingesetzte Arbeitskampfleitung, schon gar nicht der Personalrat, überreichen Listen der am Streik Beteiligten.

Der Arbeitgeber kann auch nicht fordern, dass sich Streikwillige Tage vorher ihm gegenüber zur Streikteilnahme erklären .Auch die Herausgabe entsprechender Fragebogen ist unzulässig. Für den Arbeitgeber ist mit Streikbeginn erkennbar, wer am Streik teilnimmt, wie er die Erfassung vornimmt, muss er regeln. Es bestehen keine Bedenken, wenn ein selbst am Streik teilnehmender Schulleiter die Erfassung vornimmt, selbst, wenn dieses ungewöhnlich erscheint, aber der Streik findet in der Öffentlichkeit statt.

5. Was ist in der Gestaltung der Informationsbeziehungen und bei der Dokumentation zu beachten?

Für die Wirksamkeit eines Streiks ist die Information der Presse eine wesentliche Frage. Es ist deshalb wichtig, dass Informationen über die Anzahl der Streikteilnehmer und der bestreikten Einrichtungen dem Landesvorstand / der Landesarbeitskampfleitung übermittelt werden. Das betrifft auch andere mit dem Streik zusammenhängende Fragen.

Urabstimmungsergebnisse gibt nur die zentrale Arbeitskampfleitung bekannt. Die Streikteilnahme ist zu dokumentieren. Es sind Listen der Streikenden anzulegen und Meldeblätter auszufüllen sowie tägliche Kontrolleintragungen vorzunehmen. Im Übrigen wird auf die beiliegenden Merkblätter hingewiesen.

6. Wie können Beamt\*innen beim Streik helfen?

In Mecklenburg-Vorpommern wird 2019 das Tarifergebnis inhalts- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Beamtinnen und Beamten wird aber das Streikrecht verwehrt. Doch es gibt auch andere Wege, wie sie jetzt bei Streiks helfen können.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat zwar entschieden, dass die Besoldung von Beamtinnen und Beamten sich an den Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst orientieren soll. Allerdings dürfen laut BVerfG Beamtinnen und Beamte nicht streiken, sondern nur ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen. Die GEW setzt sich weiterhin dafür ein, das [Menschenrecht auf Streik](https://www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik/) auch für beamtete Lehrkräfte in Deutschland durchzusetzen. **Doch auch ohne selbst zu streiken hast du einige Möglichkeiten, wie du als Beamte oder Beamter jetzt bei den Warnstreiks helfen kannst:**

**Zur Streikkundgebung gehen!**

Jeder Warnstreik mündet in eine öffentliche Streikkundgebung. An dieser kann jede Person teilnehmen – auch beamtete Lehrerinnen und Lehrer. Auch Versorgungsempfängerinnen und -empfänger können zu den Kundgebungen gehen, kein Stundenplan hindert sie daran. Je mehr Personen an Streikkundgebungen teilnehmen, desto größer wird das öffentliche Echo und desto mehr Druck kann die GEW bei den Tarifverhandlungen machen. Also: Komm zur Streikkundgebung und bring viele Kolleginnen und Kollegen mit!

**Vertretung verweigern!**

Wenn die GEW ihre angestellten Mitglieder zum Streik aufruft, fallen sie für die Unterrichtsplanung in der Schule aus. Damit der Streik nicht an Bedeutung verliert, können Beamtinnen und Beamte die Vertretung der streikenden Lehrerinnen und Lehrer verweigern. Zeige dich solidarisch und sprich ganz offen im Kollegium und gegenüber der Schulleitung an, dass streikende Kolleginnen und Kollegen nicht vertreten werden müssen. Es ist sogar höchstrichterlich verboten, Beamtinnen und Beamte als Streikbrecher einzusetzen! Der Einsatz für eine Notbetreuung ist dann zulässig, wenn dies angeordnet wird und der Aufwand vertretbar ist. Wenn Beamt\*innen Unterricht erteilen, können sie jedoch keine Notbetreuung durchführen.

**Beamteneinsatz zum Streikbruch ist rechtswidrig**

Der Einsatz von Beamtinnen und Beamten zur Vertretung streikender Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer ist verfassungswidrig, weil dadurch die Tarifautonomie ausgehöhlt wird. Das hat schon 1993 das Bundesverfassungsgericht entschieden. Ordnet eine Schulleitung an, dass der/die Beamte/Beamtin Vertretungsunterricht für einen streikenden Kollegen geben soll, ist dies nicht zulässig. Beamtinnen und Beamte, denen eine entsprechende Vertretungstätigkeit zugewiesen wurde, können ihre Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit der Anordnung geltend machen. Das nennt man Remonstration. Das gilt natürlich auch für Schulleiterinnen und Schulleiter, wenn sie eine entsprechende Anordnung der vorgesetzten Dienststelle bekommen.

**Streikende Kolleginnen und Kollegen verteidigen!**

Die angestellten Lehrerinnen und Lehrer streiken, der Unterricht fällt aus, die Schulkonferenz kann nicht tagen, die Eltern bekommen keinen Termin für ein Gespräch: ein Streik kann einige Konsequenzen im Schulablauf nach sich ziehen. Da kommt es schnell zu Ärger und Vorwürfen von Eltern oder der Schulleitung. Lasse deine angestellten Kolleginnen und Kollegen nicht im Regen stehen, sondern unterstütze sie gegen Vorwürfe von Eltern, der Öffentlichkeit oder der Schulleitung!

**Frage deinen GEW Landesverband!**

Die [GEW Landesverbände](https://www.gew.de/tarif/streik/beamtenstreik/wie-beamte-bei-streiks-helfen-koennen/?juHash=92286e101db4b643f5e24c88b20762afcdecef84&jumpurl=https%3A%2F%2Fwww.gew.de%2Fkarte%2F) rufen ihre Mitglieder direkt zum Streik auf. Wenn du helfen willst, frage einfach deinen GEW Landesverband, wie du dich einbringen kannst. Neben den hier genannten Vorschlägen hast du viele weitere Möglichkeiten, dich während eines Streiks zu engagieren.

7. Welche Aufgaben haben die Vertrauensleute der GEW während des Streiks?

Die Vertrauensleute sind die wichtige Stütze für die Streikvorbereitung und –durchführung vor Ort. Sie sollen durch engen Kontakt mit den Regionalvorständen und dem Landesverband die Beschäftigten über die Streiks informieren und die Teilnahme organisieren.

Die Grundvoraussetzung ist eine gute Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen. Wir empfehlen:

* Thematisierung der Forderungen in der Tarifrunde in der Lehrerkonferenz, Dienstberatung, Personalversammlung…
* Frühzeitiges und regelmäßiges Aushängen/Auslegen der Infos im Lehrer\*innenzimmer
* Gespräche mit Kolleg\*innen in der Pause
* Gemeinsam mit anderen GEW-Mitgliedern über die aktive Teilnahme am Streik reden und andere weiter ansprechen
* Zur Vorbereitung von Streiks: Meldung an die GEW, wie die Stimmung in der Schule ist (kann über [www.gew-mv.de](http://www.gew-mv.de) geschehen, weitere Infos folgen)
* Meldung von günstigen Busrouten, Abfahrtsorten
* Auslegen der Busliste (dies ist keine Teilnahmeliste, die an die Schulleitung oder das Schulamt gemeldet werden muss!)
* Schnelle Rückmeldung bei Abfragen an den Landesverband.

**Ohne Vertrauensleute vor Ort funktioniert der Streik nicht! Deshalb danken wir schon jetzt für Euren Einsatz!**



Häufig gestellte Fragen in Vorbereitung von Streikmaßnahmen

Müssen die Kolleg\*innen ihre Streikbereitschaft bei der Schulleitung bis zu einem von ihm gestellten Termin anmelden und kann sie Kolleg\*innen, die sich nicht rechtzeitig abgemeldet haben, an der Streikteilnahme hindern?

Eine Anmeldepflicht zur Teilnahme am Streik gegenüber der Schulleitung besteht grundsätzlich nicht. Man kann sich bis zum Beginn des Streiks entscheiden, ob man an diesem teilnimmt oder nicht. Die Schulleitung darf Kolleg\*innen, die sich nicht zum Streik angemeldet haben ebenso wenig wie angemeldete Kolleg\*innen an der Streikteilnahme hindern.

Wir raten jedoch zu einem solidarischen Miteinander bei der Vorbereitung. Dies bedeutet, vorab mit der Schulleitung reden, ankündigen dass viele/alle Kolleg\*innen am Streik teilnehmen und die/der Schulleiter\*in auch mitkommen sollte. Denn die meisten Schulleitungsmitglieder sind selber angestellte Lehrkräfte und unterliegen damit dem TV-L. Wenn gemeinsam abgestimmt wird, dass gestreikt wird und die Schulleitung dabei einbezogen ist, kann diese auch entscheiden, dass die Eltern über den Unterrichtsausfall informiert werden.

Ist die Schulleitung berechtigt, von der Streikleitung vor Streikbeginn die Anzahl (und ggf. die Namen) der Streikteilnehmer zu erfragen?

Das Einfordern einer ‚rechtzeitigen‘ Information über die von den einzelnen Lehrkräften beabsichtigte Streikteilnahme ist unzulässig, im richtigen Leben aber sinnvoll. Abgesehen davon, dass es dem streikfähigen Beschäftigten schon aus grundgesetzlichen Erwägungen heraus freigestellt ist, zu welchem Zeitpunkt er sich für die aktive Streikteilnahme entscheidet, findet sich weder im Text der Arbeitskampfrichtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) noch in deren Anlagen eine Grundlage für eine entsprechende „Voraberklärung“. Vielmehr wird auch von Seiten der TdL stets darauf hingewiesen, dass es sich nur um eine Ist-Erfassung der Streikteilnehmer und der damit verbundenen Ausfallzeiten handeln kann.

Dürfen die Schulleiter die vor Ort von der Streikleitung geführten Teilnehmerlisten abfordern?

Nein, die Schulleitung ist für die Erfassung der streikenden Kolleg\*innen selbst zuständig. Teilnehmerlisten der GEW für die Anmeldung am Streik werden den Schulleitungen nicht zur Verfügung gestellt.

Wer ist für die Information der Eltern verantwortlich?

Die Schulleitung muss die Eltern über den Streik informieren und ihnen mitteilen, welche organisatorischen Konsequenzen daraus für den Schulbetrieb während des Streiks entstehen. Unabhängig davon stellt die GEW als Serviceleistung Musterelternbriefe zur Verfügung.

Können den KollegInnen, die am Streik teilnehmen, arbeitsrechtliche Nachteile entstehen (Abmahnung o.ä.)?

Nein, denn alle Kolleg\*innen haben ein grundgesetzlich verankertes Recht auf Streik, wenn durch die GEW dazu aufgerufen wurde. Sollten Schulleitungen dennoch Ermahnungen oder Abmahnungen aussprechen, so werden spätestens die Arbeitsgerichte die Entfernung aus den Personalakten veranlassen.

Dürfen Schulleitungsmitglieder und Leitungsmitglieder auch streiken?

Selbstverständlich dürfen angestellte Schulleitungsmitglieder streiken.

Kann an jeder Schule ein Notdienst organisiert werden?

Notdienst kann nur dann eingerichtet werden, wenn er von der Gewerkschaft genehmigt wird. Hierzu wäre eine Vereinbarung mit dem Bildungsministerium notwendig. Grundsätzlich ist ein Notdienst aus streikrechtlicher Perspektive nicht geboten. Notdienst wird nur bei Arbeiten vorgeschrieben, die der lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung dienen, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, der Erhaltung von Betriebsanlagen oder von Gütern notwendig sind, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit geboten sind. Dies trifft auf Unterricht und Betreuung nicht zu.

In dieser Tarifrunde ist der Notdienst durch den möglichen Einsatz von Beamt\*innen anders zu bewerten. Der Arbeitgeber hat theoretisch die Möglichkeit, die Beamt\*innen zur Betreuung einzusetzen. Es ist zwar auszuschließen, dass sie als Streikbrecher\*innen einzusetzen sind, notwendige Betreuung dürfen sie aber durchführen.

Wer ist für die Absicherung des Notdienstes zuständig?

Auch nach den Arbeitskampfrichtlinien der TdL erfolgt die Aufstellung des Notdienstplanes in Abstimmung mit der Streikleitung, sofern eine Notdienstvereinbarung abgeschlossen wurde.

Wer sollte zum Notdienst eingesetzt werden?

Zum Notdienst sollten vor allem Streikende eingesetzt werden, die aus sozialen Gründen besonders schutzbedürftig sind (z.B. alleinerziehende Teilzeitbeschäftigte). Der Arbeitgeber kann eine Notbetreuung durch die Beamt\*innen abdecken (siehe oben).

Sind die Streikleitungen verpflichtet, eine Dokumentation über den Streikablauf und die Teilnehmer zu erstellen?

Ja – für die GEW; Nein – für den Arbeitgeber. Diese Aufgabe obliegt der Schulleitung bzw. falls auch diese streikt der Schulaufsicht selbst.

Achtung: Auch die Streikteilnehmenden selbst brauchen sich während des Streiks nicht an einer solchen Erfassung beteiligen, weil in dieser Zeit wegen des dann umfassend ruhenden Arbeitsverhältnisses auch kein Weisungsrecht der Schulleitung besteht.

Wer bekommt Streikgeld?

Alle Kollegen, die Mitglied der GEW sind und den ordnungsgemäßen Beitrag zahlen, bekommen für die Zeit des Streiks, Streikgeld. Erstattet wird der tatsächliche Netto-Lohnabzug je Streiktag, maximal jedoch das Dreifache des monatlichen Mitgliedsbeitrages.

Gibt es einen Anspruch auf Verrechnung von Streikstunden mit ggf. vorhandenen Arbeitszeitguthaben?

Nein, es gibt keinen Anspruch auf Verrechnung der Streikstunden mit Arbeitszeitguthaben. Dies ergibt sich schon aus dem Sinn eines Streiks: Die Streikenden verweigern die vom Arbeitgeber geforderte Arbeitsleistung und verlieren somit ihren Entgeltanspruch. Bei der Verrechnung der im Zusammenhang mit dem Streik ausgefallenen Stunden mit einem Zeitguthaben erfolgt formal juristisch ein einseitiger Freizeitausgleich ohne Einverständnis des Arbeitgebers. Dies wiederum könnte z.B. mit einer Abmahnung verfolgt werden, weil es dann kein rechtmäßiger Streik mehr ist.

Unabhängig davon ist es praktisch möglich, im gegenseitigen Einvernehmen so zu verfahren. Das gilt vor allem dann, wenn schon vor Streikbeginn klar ist, dass das Zeitguthaben nicht durch Freizeitgewährung ausgeglichen werden kann und die Schulleitung die betreffenden Arbeitnehmer\*innen vor Beginn des Streiks entsprechend freistellt.

Welche Auswirkungen hat ein Streik auf das Elterngeld?

Nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts (B 10 EG 20/09 R vom 17.2.2011) bleiben Streikzeiten bei der Berechnung des Elterngeldes nicht außer Betracht. Da andererseits das von der Gewerkschaft gezahlte Streikgeld nicht zusätzlich zu dem für die Streikzeiten gekürzten Arbeitsentgelt berücksichtigt ist, wirken Streikzeiten faktisch elterngeldmindernd.



**„Für Geld streike ich nicht“**

**Gib zurück, was die Gewerkschaften seit 2006 erkämpft haben!**

(2006 – Inkrafttreten des TV-L)

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Entgeltgruppe | TV-L 2006 | TVL 2018 | Differenz |
| E9 Stufe 6 | 2980,00 € | 3941,46 € | 961,46 € |
| E11 Stufe 6 | 3635,00 € | 4792,59 € | 1157,59 € |
| E13 Stufe 6 | 4090,00 € | 5378,92 € | 1288,92 € |

Quelle: [www.öffentlicher-dienst.info](http://www.öffentlicher-dienst.info)

\*für Beschäftigte mit einer individuellen Entgeltstufe fallen die Steigerungen ggf. niedriger aus.

**Tarifpolitische & gewerkschaftliche Abkürzungen**

A 12, A 13,… - A-Besoldung für Beamt\*innen (in allen 16 Bundesländern eigene Besoldungstabellen)

BTK-L – Bundestarifkommission Länder (zuständig TV-L)

BLBS – Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (im dbb)

dbb – deutscher beamtenbund (Konkurrenz-Verband zum DGB)

E 11, E 13,… - Entgeltgruppen des TV-L (und auch TVöD)

Erfüller – Lehrkräfte, die formal die Voraussetzungen für den Zugang in das Beamt\*innenverhältnis erfüllen (insb. 1., 2. Staatsexamen)

GLV – Geschäftsführender Landesvorstand

GTK – Große Tarifkommission (allgemeine koordinierende Funktion)

HuF – Hochschule und Forschung

LTK – Landestarifkommission, jeder Regionalverband stellt ein Mitglied, außerdem ist der Vorstandsbereich Hochschule & Forschung vertreten

LV – Landesverband oder Landesvorstand

Nichterfüller – Beschäftigte in der Tätigkeit von Lehrkräften, die nicht die Voraussetzungen zum Zugang in das Beamtenverhältnis erfüllen (mindestens fehlendes 2. Staatsexamen)

MV - Mitgliederversammlunng

PhV – Philologenverband (im dbb)

RV – Regionalverband (vormals Kreisverband)

ReBü – Regionalbüro, umfasst auf der Ebene eines Staatlichen Schulamts die Regionalverbände (Ausnahme: RV UER gehört zum ReBü NB)

S 6, S 8,…, S-Tabelle - Entgeltgruppen der S-Tabelle im TVöD für den Sozial- und Erziehungsdienst

TK BK – Tarifkommission Bund/Kommunen (zuständig TVöD)

TV EntgO-L – Tarifvertrag zu Entgeltordnung für Lehrkräfte (dbb)

TV-L – Tarifvertrag des öffentlichen Dienst der Länder (gilt für alle Landesbeschäftigten, im GEW-Organisationsbereich Lehrkräfte und PmsA an den öffentlichen Schulen, Lehrkräfte und Mitarbeiter\*innen an den Hochschulen)

TVöD – Tarifvertrag des öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (gilt im GEW-Organisationsbereich für Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen in kommunalen Einrichtungen und bei der Volkshochschule)

TdL – Tarifgemeinschaft deutscher Länder (Arbeitgeberverband der Bundesländer, Mecklenburg-Vorpommern wird durch das Finanzministerium hier vertreten)

VB – Vorstandsbereich im Landesvorstand (Schule, Hochschule, Angestellten- & Beamtenpolitik,…)

VBE – Verband Bildung und Erziehung (im dbb)

VBL – Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

VKA – Vereinigung kommunaler Arbeitgeber

VL – Vertrauensleute, Vertrauensperson, Ansprechpartner\*in der GEW in Einrichtungen

vlw – Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (im dbb)

ZMV – Kommunale Zusatzversorgungskasse MV (TVöD)



Elternbrief

Liebe Eltern,

derzeit läuft die Tarif- und Besoldungsrunde für die Beschäftigten der Länder. Es geht um eine gerechte Eingruppierung sowie um eine angemessene Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (PmsA).

Wir wollen, dass Ihre Kinder von den besten Lehrerinnen und Lehrern gebildet und unterrichtet werden. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass gute Bildung nur durch gute und motivierte Lehrkräfte gelingen kann. Damit weiterhin gute und hochmotivierte Lehrerinnen und Lehrer in M-V unterrichten, müssen wir im Wettbewerb um diese mit guten Arbeitsbedingungen in unserem Land werben. Um im Wettbewerb um die besten Lehrerinnen und Lehrer zu bestehen, ist eine bessere Bezahlung im Rahmen des Tarifvertrags für die angestellten Lehrkräfte notwendig. Hierfür kämpfen wir gerade in der laufenden Tarifrunde!

Nach vielen Gesprächen und Aktionen müssen wir nun zum Mittel des Streiks greifen. Die Blockadehaltung unseres Verhandlungspartners, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, zwingt uns in diesem Verhandlungsstadium zu diesem Arbeitskampf und nimmt ihn billigend in Kauf.

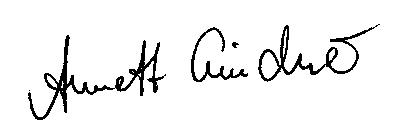
Von einem Streik in einer Schule sind in besonderem Maße Kinder und Eltern betroffen. Trotzdem haben wir uns auf der Grundlage des Grundgesetzes entschlossen, am

(hier Datum, Uhrzeit etc. eintragen!)

einen Streik durchzuführen.

Wir bitten Sie, liebe Eltern, um Verständnis und Ihre Unterstützung für unseren Streik. Bitte solidarisieren Sie sich mit den Lehrerinnen und Lehrern und geben Sie demjenigen die Verantwortung für den Streik, der die Verhandlungen hinhält und keinerlei konstruktive Angebote vorgelegt hat, den Arbeitgebern.

Für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung bedanken wir uns.

Annett Lindner Maik Walm

GEW-Landesvorsitzende GEW-Landesvorsitzender

Musterbrief Schulleitung

*[Dieser Musterbrief wurde an Schulen in Rostock von Schulleitungen an Eltern ausgeben. Er kann somit landesweit verwendet werden. Wichtig ist, dass der Text unter dem Briefkopf der Schule herausgegeben wird, nicht auf GEW-Briefkopf. Voraussetzung hierfür ist natürlich die Klärung innerhalb der Schule, dass auch wirklich alle Arbeitnehmer\*innen am Streik teilnehmen!]*

Briefkopf der Schule

**Tarifverhandlungen – Warnstreiks der Gewerkschaften**

Sehr geehrte Eltern,

im Rahmen der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder wird unsere Schule am XX.XX.2019 bestreikt. Es findet kein Unterricht statt. Bitte sichern Sie an diesem Tag die Betreuung Ihres Kindes selbst ab. [Nur in Ausnahmefällen, wenn Beamt\*innen dies absichern: In dringenden Ausnahmefällen erfolgt eine Betreuung in der Schule von 7.30 Uhr bis 11.30 Uhr.]

Mit freundlichen Grüßen

*****Antrag auf Mitgliedschaft*

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**  

|  |  |
| --- | --- |
| **Name, Vorname** | **männl. weibl.** |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Straße/Hausnummer** | **PLZ** | **Ort** |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Telefon und E-Mail** | **Geburtsdatum** | **Nationalität/Staatbürgerschaft** |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **bisher gewerkschaftl. organisiert bei** | **von** | **bis** |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |
| --- | --- |
| **Berufsbezeichnung (Fachgruppe - siehe Rückseite)** | **Eintritt i. d. Beruf (Monat/Jahr)** |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |
| --- | --- |
| **Schule/Einrichtung/Betrieb** | **Ort** |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |
| --- | --- |
| **Straße** | **Telefon** |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |
| --- | --- |
| **Träger der Dienststelle** | **Tarifgruppe bzw. Bruttoeinkommen** |

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **BIC** | **IBAN** | **Name des Geldinstitutes** |

**Beschäftigungsverhältnis Bemerkungen:**

** angestellt  beurlaubt ohne Bezüge**

** beamtet  teilzeitbeschäftigt mit...........Std./Woche**

** in Rente  im Studium/Praktikum**

** pensioniert  Sonstiges**

** Altersübergang  arbeitslos**

|  |  |
| --- | --- |
| Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Änderungen des Beschäftigungsverhältnisses mit Auswirkungen auf die Beitragshöhe sind umgehend der Landesgeschäftsstelle mitzuteilen. Überzahlte Beiträge werden nur für das laufende und das diesem vorausgehende Quartal auf Antrag verrechnet. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich. | Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen. |

**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

|  |  |
| --- | --- |
| **Ort, Datum** | **Unterschrift** |

Vielen Dank! Ihre GEWRückmeldeformular Streik

Bitte nach dem Streik an die GEW faxen (0385/4852724). Danke! Rückmeldetermin: 09.03.2019

Name Vertrauensperson: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ Telefon für Rückfragen: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Name & Ort der Schule: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Anzahl der angestellten Lehrkräfte/PmsA insgesamt: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ davon GEW-Mitglieder:\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Anzahl der Beamt\*innen:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ davon GEW-Mitglieder:\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Schulleiter\*in GEW-Mitglied O Stellvertreter\*in GEW-Mitglied O

**Streiktag: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

Streikteilnehmer gesamt: \_\_\_\_\_\_\_\_ davon GEW Mitglieder: \_\_\_\_\_\_\_\_\_

Streikteilnahme Schulleiter\*in: (Zutreffendes bitte ankreuzen) Ja O Nein O

Streikteilnahme Stellvertreter\*in: (Zutreffendes bitte ankreuzen) Ja O Nein O

**Streiktag: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_**

Streikteilnehmer gesamt: \_\_\_\_\_\_\_\_ davon GEW Mitglieder: \_\_\_\_\_\_\_\_\_

Streikteilnahme Schulleiter\*in: (Zutreffendes bitte ankreuzen) Ja O Nein O

Streikteilnahme Stellvertreter\*in: (Zutreffendes bitte ankreuzen) Ja O Nein O

**In meiner Schule … (Zutreffendes bitte ankreuzen)**

kann ich Materialien der GEW gut sichtbar für die Kollegen aushängen O

kann ich in Dienstberatungen, Lehrerkonferenzen, Versammlungen zu Tariffragen O

und Streikvorbereitungen sprechen O

kann ich E-mail von der GEW empfangen, ausdrucken und beantworten O

habe ich das Tariftelegramm des GEW Hauptvorstandes abonniert und informiere darüber O

kann ich Faxe von der GEW empfangen und senden O

kann ich Materialien der GEW kopieren (Info-Blätter, Streikaufruf . . .) O

Welche Unterstützung wünsche ich mir bei künftigen Tarifrunden/Streiks von der GEW:

**Impressum**

Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und

Wissenschaft, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Verantwortlich: Annett Lindner, Lübecker Str. 265a, 19059 Schwerin,

Tel.: (0385) 48527-14,

Fax: (0385) 48527-24

Internet: www.gew-mv.de,



Januar 2019